

ANTRÄGE

1) Kinderspielplatz am Tegetthoff-Platz

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im innerstädtischen Raum befinden sich leider viel zu wenige Kinderspielplätze, so auch im II. Bezirk. Für Kinder und Kleinkinder gibt es aus diesem Grund nur beschränkte Möglichkeiten, auf öffentlichen Plätzen und Parks zu spielen und sich auszutoben.

Am Tegetthoff-Platz, im Bereich hin zur Hartenaugasse, wäre es möglich, einen kleinen eingezäunten Kinderspielplatz mit diversen Spielegeräten und Sandkiste zu errichten.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, die Errichtung des im Motivenbericht dargestellten Kinderspielplatzes in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Sauberkeit – Evaluierung des Kooperationspotenzials zwischen Holding Graz Services und dem Grazer Parkraumservice

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Um die Leistungsqualität der öffentlichen Hand in Graz weiter ausbauen zu können, dabei das Budget jedoch nicht zu belasten, werden noch stärkere interdisziplinäre Kooperationen innerhalb des Hauses Graz notwendig sein.

Gerade die Sauberkeit ist den GrazerInnen und Grazern sehr wichtig. Budgetneutrale und zugleich wirksame Maßnahmen können hierbei in der Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung gefunden werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge wie folgt beschließen:

Die zuständigen Stadtregierungsmitglieder mögen einen Termin zwischen Holding Graz Services und dem Grazer Parkraumservice initiieren und moderieren. Dabei soll geprüft werden, inwieweit Ressourcen des Grazer Parkraumservices (Personal, Parkautomaten, etc.) budgetneutral genutzt werden können, sodass die Aufklärung und Bewusstseinsbildung der Grazer Bevölkerung im Bereich der Sauberkeit gestärkt wird. Der schriftliche Informationsbericht ist den zuständigen Ausschüssen bis zur Sitzung des Gemeinderates im Juli vorzustellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Fußgängerampeln

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Immer wieder hört man von Bürgerinnen und Bürgern, dass manche Fußgängerampeln – etwa bei Wickenburggasse/Laimburggasse, Karlauer Straße/Brückengasse, Theodor-Körner-Straße/Hasnerplatz u.v.a.m. – nach der Betätigung des Signals sehr lange brauchen, um umzuschalten. Das führt mitunter dazu, dass viele Fußgängerinnen und Fußgänger die Straße bei Rot queren und es so oft zu brenzlichen Situationen kommt. Durch die Anschaffung des neuen Verkehrsrechners könnte im Sinne der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer eine Lösung dieser Problematik erleichtert werden.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates der Stadt Graz werden aufgefordert, auch die Schaltungen der Fußgängerampeln zu überprüfen und diese ggf. zu optimieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Verlängerung der Wohnbauförderungsdarlehenszeiten

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Wohnbauförderung für Mietwohnungen erfolgt durch Direktdarlehen und seit 1993 hauptsächlich durch Annuitätenzuschüsse zu Kapitalmarktdarlehen. Diese Darlehen müssen inklusive der gewährten Zuschüsse von den MieterInnen innerhalb einer bestimmten Zeit zurückbezahlt werden. Durch die Rückzahlungsmodalitäten in Form von sogenannten Annuitätensprüngen ergeben sich zum Teil erhebliche Mieterhöhungen.

In den Jahren 2015 und 2018/19 wird es nach Auskunft der Fachabteilung 15 des Landes Steiermark neuerlich zu massiven Mieterhöhungen kommen. Eine Möglichkeit der Abfederung dieser Belastungen wäre eine Verlängerung der Darlehenslaufzeiten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt im Petitionswege an die zuständigen Stellen des Landes Steiermark mit dem Ersuchen heran, das Wohnbauförderungsgesetz bzw. die entsprechende Durchführungsverordnung insofern zu ändern, als dass längere Laufzeiten für Wohnbauförderungsdarlehen möglich werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Ausbau des Angebotes an Indoor-Spielzeugen für 1- bis 10-Jährige in Graz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Schlechtwetterphasen im heurigen Frühjahr haben es offensichtlich gemacht: Die Indoor-Spielmöglichkeiten für die jüngste Zielgruppe sind äußerst spärlich.

Die [REDACTED] in Andritz kann den gewaltigen Bedarf für den gesamten Grazer Raum alleine nicht abdecken. Wünschenswert wären dementsprechende Angebote gleichmäßig über Graz verteilt, wo sich unsere Jüngsten unter fachkundiger Betreuung auch bei miesem Wetter austoben und die gestressten Eltern selbst ein wenig verschnaufen können.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen in Graz werden ersucht, ein Konzept über ein verstärktes Angebot an Indoor-Spielplätzen für 1- bis 10-Jährige zu erstellen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Sicherung des Fußgängerübergangs Mariatroster Straße/Schönbrunnngasse

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Fußgängerübergang Mariatroster Straße/Schönbrunnngasse verursacht fast jeden Morgen gefährliche Situationen:

Hohe Wände verstellen den auf der Mariatroster Straße stadteinwärts fahrenden Kfz-Lenkern die Sicht in die Schönbrunnngasse. Dadurch werden Kinder und Jugendliche, die auf dem Weg zur Schule im Laufen die Straße überqueren, erst im letzten Moment wahrgenommen. So sind Unfälle vorprogrammiert.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Zur Sicherung des genannten Fußgängerübergangs werden die betreffenden Stellen in Graz ersucht, den Zebrastreifen um wenige Meter stadtauswärts zu verlegen und im besagten Kreuzungseck durch ein Metallgeländer eine Straßenquerung zu verunmöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Überdachung der Bushaltestelle Roseggerhaus

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die beiden Bushaltestellen beim Roseggerhaus werden täglich von sehr vielen Fahrgästen aufgesucht.

Während aber auf einer Seite die Überdachungen vor den Geschäften den Wartenden Schutz vor Unwetter oder stechender Sonne bieten, sind die Fahrgäste gegenüber (also vor dem ehemaligen Bezirksamt) direkt jeder Witterung ausgesetzt - vor allem für Mütter mit Kleinkindern oder Kinderwägen mitunter eine sehr unangenehme Situation.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz fordert die betreffenden Stellen auf, an der Bushaltestelle Roseggerhaus (vor dem ehemaligen Bezirksamt) eine Überdachung einzurichten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Herbersteinstraße und Pehamweg – Verkehrsberuhigung

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Vergangenes Jahr wurde von BewohnerInnen der Thaddäus-Stammel-Straße, des Eppensteinerweges und der Josef-Poestion-Straße der Wunsch nach der Einrichtung einer Wohnstraße geäußert. Nach Überprüfung durch die Abteilung für

Verkehrsplanung wurde dem Wunsch nachgekommen und die Straßen deshalb auch zu einem Wohnstraßengebiet zusammengefasst. Aufgrund dieser Verkehrsberuhigungsmaßnahmen hat sich der Individualverkehr allerdings zuletzt massiv in die Herbersteinstraße verlagert, die jetzt – vor allem von PendlerInnen – vermehrt als Durchzugs- und Parkstraße genutzt wird, was den Unmut der vielen AnrainerInnen zur Folge hat. Aus der ehemals ruhigen und gefahrlosen Herbersteinstraße hat sich im Verlauf des letzten Jahres eine Gefahrenzone entwickelt.

Auch im Gebiet zwischen Kärntner Straße und Kapellenstraße nimmt der Unmut der AnrainerInnen zu. Die kleinen, viel zu engen Verkehrswege wie Pehamweg, Niclas-Strobl-Weg, Riemerweg bis zum Glaserweg werden immer häufiger als Schleichwege genutzt und die Geschwindigkeitsbeschränkungen dabei oft übertreten. Dabei steht jedoch jeweils nur knapp eine Fahrspur zur Verfügung – ohne jeglichen Schutz für FußgängerInnen.

Schon mehrmals versuchten BürgerInnen im Gebiet zwischen Kärntner Straße und Kapellenstraße bei den verantwortlichen Stadtpolitikern eine geeignete Verkehrslösung herbeizuführen, bis jetzt allerdings ohne Erfolg.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und der politische Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob zusammen mit den ExpertInnen der Abteilung für Verkehrsplanung die Situation sowohl in der Herbersteinstraße als auch im Gebiet zwischen Glaserweg und Portugalweg evaluiert werden kann, um geeignete Maßnahmen zu einer Verkehrsberuhigung in beiden angeführten Gebieten zu erarbeiten und herbeizuführen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Melanweg „als Schleichweg“ zum Shopping-Center West

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Melanweg, ein Nadelöhr zwischen der Hafnerstraße und dem Schwarzen Weg, wird vermehrt als „Schleichweg“ zum Shopping-Center West benutzt. Eine Bürgerinitiative fordert nun von den verantwortlichen Politikern ein rasches Handeln, da die Situation aufgrund des starken Verkehrsflusses durch die vormals ruhige Wohngegend unerträglich und mittlerweile auch gefährlich geworden ist. Vom Bezirksrat Puntigam wurde dieses Problem mittlerweile behandelt und Einstimmigkeit für eine Lösung des Problems signalisiert. Vorschläge zur Verkehrsberuhigung – etwa durch eine Wohnstraßenverordnung oder auch „Fahrverbote ausgenommen Anrainer“ – fanden besonderen Zuspruch bei den Betroffenen. Um eine geeignete Maßnahme zur Verkehrsberuhigung in diesem verkehrstechnisch sensiblen Gebiet ausarbeiten zu können, müssten unbedingt ExpertInnen der Abteilung für Verkehrsplanung diese evaluieren, um eine positive Lösung herbeizuführen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und der politische Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob geeignete Maßnahmen zu einer Verkehrsberuhigung entlang des Melanweges getroffen werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Umkleidekabinen im Hallenbereich der Grazer „Auster“

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit Februar 2011 wird bereits in der neuen Grazer Perle, der „Auster“ im Bad Eggenberg, geplanschelt. Ein Bad im Grazer Westen, das alle Stücke spielen sollte, zählt es doch zu den modernsten Schwimm- und Wellness-Einrichtungen Österreichs.

Doch beschweren sich seit einiger Zeit immer mehr Gäste bei den Verantwortlichen, dass es viel zu wenige Umkleidemöglichkeiten im Hallenbadbereich gibt – und das wohl völlig zu Recht.

Denn auf mehr als 600 Kästchen kommen lediglich 6 (!) Umkleidekabinen, was einem Umrechnungsschlüssel von einer Kabine auf über 100 Kästchen gleichkommt. Besonders zu den stark frequentierten Zeiten müssen sich die BesucherInnen auf die Suche nach einer freien Kabine begeben. Da kommt es dann auch durchaus vor, dass sich viele vor ihren Kästchen entkleiden, was ihnen selbst – aber oft auch anderen Badegästen – dann sauer aufstößt.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und der politische Referent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe an die Verantwortlichen der Holding Graz heranzutreten, um eine rasche und dringend notwendige Vermehrung von Umkleidekabinen im Hallenbereich der Grazer „Auster“ zu erwirken.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Alte und seltene Sorten schützen

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die EU-Kommission arbeitet an einer Neuregelung des europäischen Saatgut-Marktes in Form einer Verordnung. Damit soll eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom Juli 2012 umgesetzt werden, welche eine verpflichtende Registrierung von Saatgut vorschreibt.

Geht es nach den Plänen der Kommission, dürfen Kleinbauern oder Privatleute ihr selbst gezüchtetes Gemüse und Getreide bald nicht einmal mehr verschenken oder tauschen, sofern es nicht offiziell zugelassen ist. Hohe Strafen wären die Folge. Doch das Zulassungsverfahren ist für Kleinbauern und Private mit unüberwindbaren

bürokratischen und finanziellen Hürden verbunden. Wird diese Verordnung Realität, könnten daher bald viele konventionelle Gemüse- und Getreidesorten aus dem Anbau verschwinden.

Ziel der Verordnung ist die Kontrolle der gesamten Lebensmittelproduktion durch einige wenige Großkonzerne, die bereits jetzt den Großteil des Saatgut-Marktes unter sich aufteilen.

Profit für Großkonzerne auf der einen Seite, weniger Vielfalt und Lebensmittelqualität auf der anderen wären die Folge.

Diese geplante Verordnung kann nur gestoppt werden, wenn mehrere Mitgliedsstaaten dagegen auftreten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz wendet sich auf dem Petitionswege an die Bundesregierung, damit diese an die EU-Kommission herantritt und sich im Namen der Republik Österreich gegen eine Verabschiedung der geplanten Zulassungsverordnung für Saatgut ausspricht.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Gehsteig Weiberfelderweg

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Gebiet rund um den Weiberfelderweg in Straßgang verzeichnete in den letzten Jahren eine rege Bautätigkeit. Besonders in der dort errichteten Kohlbacher-Siedlung, aber auch in teils neu sanierten oder errichteten Einfamilienhäusern wohnen zahlreiche Jungfamilien mit Kindern.

Leider fehlt aber gerade in diesem Gebiet eine durchgehend sichere Verbindung zur Straßganger Straße für FußgängerInnen und damit eine Anbindung zum öffentlichen Verkehr. Entlang des Weiberfelderweges besteht eine etwa 70 bis 80 Meter lange Lücke im Gehsteig. Dies ist vor allem angesichts der Tatsache bedenklich, dass es bei dieser Strecke für viele dort wohnhafte Kinder um einen Teil ihres Schulweges handelt.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g ,

dass zum ehestmöglichen Zeitpunkt ein durchgängig sicherer Weg für FußgängerInnen entlang des Weiberfelderweges geschaffen wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Bienenschutz – Graz kann viel für die Bienen tun

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die sich häufenden Meldungen über den Rückgang der Bienenpopulation erzeugen bei vielen Menschen Unbehagen. NGOs warnen fast täglich vor Pestiziden, die den Bienen gefährlich werden könnten. Im österreichischen Parlament läuft derzeit eine Petition „Neonicotinoide in Österreich verbieten“, auch auf EU-Ebene will man aktiv werden: Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sieht ein hohes, akutes Risiko durch die drei Stoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam. Von Juli an sollen die Mittel in der Landwirtschaft für zunächst zwei Jahre verboten werden.

Mehrere Studien belegen, dass Neonicotinoide für Bienen toxisch wirken. Die in der Landwirtschaft verwendeten Neonicotinoide greifen das Nervensystem der Bienen an und diese finden nicht mehr zu ihrem Bienenstock zurück.

Auch Kommunen wie Graz können viel für den Schutz der Bienen tun – durch die ökologische Gestaltung von öffentlichen Flächen und die Sensibilisierung der Bevölkerung.

Folgende Maßnahmen bieten sich an:

1.) Bienenschutz durch die Stadt Graz

Frühblüher wie Dirndl und Palmkaterl-Sträucher pflanzen, Wiesenflächen nicht allzu oft mähen, sondern Blühwiesen fördern, Wildblumenmischungen aussäen und „Gstettn“ als Paradiese der Artenvielfalt zulassen. Blüten mit frei liegenden Staubgefäßen wie Stockrosen, Dahlien und Pfingstrosen bieten einen reich gedeckten Tisch für die Bienen. Auf Insektizide in öffentlichen Parks verzichten und Kastanienbäume erst nach der Blüte mit Mitteln gegen die Miniermotte spritzen. Die gezielte Förderung von Bienen kann durch die Kultivierung von Nahrungspflanzen und die Schaffung von Nistplätzen (für Wildbienen inkl. Hummeln) erfolgen.

2.) Information der Grazerinnen und Grazer, z.B. über die BIG und die Website der Stadt Graz, sowie der Grazer Landwirte:

Als BesitzerIn eines Haus- oder Kleingartens kann man ebenfalls sehr viel zum Bienenschutz und zur Bienenförderung beitragen. Die Vielzahl an Blütenpflanzen in den Gärten können Bienen ein ideales Nahrungsangebot liefern, wie sie es in landwirtschaftlich genutzten Gebieten oder dicht verbauten Siedlungsräumen sonst nicht vorfinden würden. Für Wildbienen ist die Kleinstrukturiertheit der Gärten entscheidend für das Auffinden von geeigneten Nistplätzen. Bienenförderung muss natürlich Hand in Hand mit dem Verzicht auf bienenschädliche Pestizide gehen. Leider sind die meisten angebotenen Insektizide auch für Bienen gefährlich. Ein paar Beispiele:

- Die bekanntermaßen für Bienen hoch toxischen Neonikotinoide Imidacloprid (z.B. Lizetan) und Thiamethoxam (z.B. Axoris Insektenfrei) findet man in Insektensprays für den Kleingärtner.
- Das häufig verwendete Mittel Agritox mit dem Wirkstoff Chlorpyrifos ist ebenfalls hochgiftig für Bienen.
- Die am häufigsten in Insektensprays vorkommenden Wirkstoffe gehören zu den Pyrethroiden, diese sind ebenfalls bienenschädlich, sollen aber laut Herstellerfirmen auf Bienen repellent wirken, so dass es zu keinem Kontakt kommt - was aber in der Praxis auch nicht auszuschließen ist.

Ein Verzicht auf all diese chemisch-synthetischen Wirkstoffe ist im Sinne des Bienenschutzes unerlässlich und gerade im Hausgarten relativ leicht zu verwirklichen, da man im Gegensatz zur Landwirtschaft keinem ökonomischen Druck unterliegt. Vor allem dürfen die Mittel nie auf blühende Pflanzen aufgebracht werden.

Die erwähnten Wirkstoffe bekommt man sowohl in Kleinpackungen speziell für den Hausgarten zu kaufen als auch in Großpackungen, die dann von sachkundigen Profis in den Schrebergartensiedlungen angewandt werden dürfen. Wenn der Einsatz von Insektiziden überhaupt notwendig sein sollte, dann gibt es einige Alternativen, die

auch im biologischen Landbau angewandt werden. Diese sind zwar auch nicht immer nützlichsschonend, aber bauen sich immerhin rascher in der Umwelt ab und verursachen somit weniger Schaden. Natürliche Wirkstoffe wären Pyrethrum, Spinosad und Azadirachtin. Wobei das letztgenannte für Bienen als am harmlosesten gilt. Generell sollte man aber auch diese Mittel nur im Notfall verwenden und lieber auf pflanzenstärkende Maßnahmen und Nützlingsförderung setzen. Nützlinge sind bei Firmen wie BioHelp oder Bellaflora auch käuflich erwerblich.

3.) Mehr Standorte für Bienenstöcke in Graz

ImkerInnen beklagen, dass es in Graz zu wenige Standorte für Bienenstöcke gibt. Eine Plattform zur Vernetzung interessierter GrundstückseigentümerInnen mit ImkerInnen könnte hier Abhilfe schaffen.

4.) Bio-Landwirte würdigen.

Landwirte, die biologische Landwirtschaft betreiben, leisten einen großen Beitrag zum Bienenschutz und sollten speziell gewürdigt werden.

5.) Richtlinien für biologisches Gärtnern

Kleingartensiedlungen sollen dafür gewonnen werden, das "biologische Gärtnern" in ihren Richtlinien niederzuschreiben und so auch zum Bienenschutz beizutragen. Eigene Informationsveranstaltungen zu diesem Thema und zum Bienenschutz könnten den Klein-GärtnerInnen dieses Thema näherbringen.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mögen im Sinne des Bienenschutzes die im Motivenbericht genannten Maßnahmen wie ökologische Gestaltung öffentlicher

Flächen und die Sensibilisierung der Bevölkerung und Landwirte durch entsprechende Informationsarbeit ehebaldig umsetzen. Weiters möge die Einrichtung einer Plattform geprüft werden, auf der sich GrundstückseigentümerInnen mit ImkerInnen zum Zweck der Bereitstellung von Standorten für Bienenstöcke vernetzen können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Fortbestand lokaler, alter und seltener Sorten

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit 2008 wird in Brüssel an einer umfassenden Novellierung des Europäischen Saat- und Pflanzgutverkehrsrechts gearbeitet. 2013 soll diese auf den Weg gebracht werden. Die neuen Regelungen könnten jedoch seltene und bäuerliche Sorten bedrohen. Alte Sorten wären besonders gefährdet, wenn der freie Tausch von Saatgut durch die neue Gesetzeslage verboten würde und eine verpflichtende Zulassung und Registrierung vorgeschrieben würde.

Das EU-Saatgutrecht privilegiert schon heute mit seinem Grundkonzept von scharf unterscheidbaren uniformen Sorten die industriellen Sorten auf Kosten der Biodiversität. Diese Tendenz wird durch die geplante Reform forciert. Es droht eine Gleichschaltung des Saatgutverkehrsrechtes in der EU. Die gegenwärtigen 12 EU-Richtlinien sollen durch eine einzige EU-Verordnung ersetzt werden. Dies bedeutet: es soll in allen Mitgliedsstaaten unmittelbar geltendes Recht gesetzt werden,

während jetzt noch den Staaten bei der Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht einen gewissen Spielraum bleibt.

Der Entwurf der neuen Saatgutverordnung liegt noch nicht offiziell vor, wahrscheinlich wird die Vorlage aber demnächst erfolgen. Allerdings werden schon Vorab-Entwürfe kolportiert, die Beunruhigendes beinhalten. Sollten die kolportierten Entwürfe umgesetzt werden, könnten für Klein- sowie Kleinstbauern und -bäuerinnen neue Kosten und Hürden für die Weitergabe von Saatgut entstehen. Es wäre den Bäuerinnen und Bauern verboten, selbst gewonnenes Saatgut von nicht registrierten Sorten weiterzugeben. Die Weitergabe würde auch das Verschenken betreffen.

Für die Sortenzulassung wäre ein teures und bürokratisches Zulassungsverfahren zu durchlaufen. Die Kriterien der Zulassung wären unter anderen Homogenität, Beständigkeit und Unterscheidbarkeit. Diese Kriterien zielen auf Hochleistungssorten ab, für die meist ein privatrechtlicher Sortenschutz beantragt wird. Alte Sorten, die auf genetischer Vielfalt beruhen, können diese Kriterien nicht erfüllen. Sie sind eher von der Vielfältigkeit geprägt als von der Uniformität.

Eine solche Verordnung würde also alte, seltene und traditionelle Sorten in ihrer Existenz bedrohen und damit zu einer Verringerung der genetischen Breite des Sortenpools beitragen. Genetische Einförmigkeit erhöht jedoch die Verwundbarkeit von Kulturen gegenüber Schädlingen, Pflanzenkrankheiten und Klimawandel. Das Konzept, um unsere Lebensmittelversorgung zu sichern, muss in der Vielfalt liegen, nicht in der Uniformität.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese auf EU-Ebene sicherstellt, dass die neue EU-Saatgutverordnung den

Fortbestand lokaler, alter und seltener Sorten von Obst, Gemüse und Getreide nicht gefährdet.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 16.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bgm. Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

StR. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

StR. Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb